Deutscher Bundestag

14. Wahlperiode 05. 02. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Walter Hirche, Rainer Brüderle, Paul K. Friedhoff, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 14/7814 –

Energiebericht für eine energiepolitische Grundsatzdebatte nutzen

A. Problem

Entwicklung eines energiepolitischen Programms, das die Energiekostenbelastung strikt begrenzt, die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs sichert und die Position Deutschlands in den internationalen Märkten stärkt.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags der Fraktion der FDP.

Mehrheitliche Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 14/7814 – abzulehnen.

Berlin, den 23. Januar 2002

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Dr. Heinz RiesenhuberVorsitzender

Kurt-Dieter Grill
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Kurt-Dieter Grill

I.

Der Antrag der Fraktion der FDP – Drucksache 14/7814 – wurde in der 208. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. Dezember 2001 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

II.

Die Veröffentlichung des Energieberichtes "Nachhaltige Energiepolitik für eine zukunftsfähige Energieversorgung" am 27. November 2001 schafft die Voraussetzung für eine energiepolitische Grundsatzdebatte.

Demgemäß soll die Bundesregierung aufgefordert werden, den Dialog mit der Enquête-Kommission "Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen von Globalisierung und Liberalisierung" zu intensivieren und auf der Basis des Energieberichtes vom 27. November 2001 ein energiepolitisches Programm zu entwickeln, das die Energiekostenbelastung strikt begrenzt, die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs sichert und die Position Deutschlands in den internationalen Märkten stärkt.

III.

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat die Vorlage in seiner 90. Sitzung am 23. Januar 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, den Antrag abzulehnen.

IV.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat den Antrag in seiner 71. Sitzung am 23. Januar 2002 beraten.

Er beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrages – Drucksache 14/7814 – zu empfehlen.

Berlin, den 23. Januar 2002

Kurt-Dieter Grill Berichterstatter

